

Die tabuisierte Besetzung der Westsahara

Massiver Konflikt zwischen Marokko und dem Uno-Generalsekretär Ban Ki Moon

Vierzig Jahre nach der Gründung der Republik Westsahara ist die Errichtung eines unabhängigen Staates unwahrscheinlicher denn je. Äusserungen des Uno-Generalsekretärs Ban über die marokkanische «Besetzung» haben zu einem Eklat geführt.

BEAT STAUFFER, RABAT/LAAYOUNE

Der Besuch von Ban Ki Moon in den Flüchtlingslagern von Tindouf Anfang März geriet zum Fiasko: Jugendliche warfen Steine auf das Auto des Uno-Generalsekretärs. Ban zeigte trotz dem unfreundlichen Empfang bei einer Pressekonferenz in Algier viel Verständnis für das Volk der Sahraoui, das nun schon mehr als vierzig Jahre vergeblich auf einen eigenen Staat wartet. Dabei benutzte Ban den Begriff «Besetzung».

Ferngesteuerte Demonstration

Dies erzürnte marokkanische Offizielle über alle Massen. Als Ban Ki Moon wenige Tage später in Rabat den marokkanischen Aussenminister Mezouar zu Beratungen traf, kam es zum Eklat. Mezouar liess Ban wissen, dass der Begriff «Besetzung» der Uno-Sprachregelung krass widerspreche und dass Marokko dies nicht dulden werde. In der Folge gab Marokko bekannt, dass die 84 militärischen Minurso-Beobachter innert drei Tagen ihre Basis in der Küstenstadt Dahkla zu verlassen hätten und dass auch die zivilen Beobachter in Laayoune unerwünscht seien. Ferner erklärte Marokko, dass es seinen finanziellen Beitrag zur Unterstützung der Minurso sofort einstellen werde.

Vor einer Sondersitzung des marokkanischen Parlaments goss Premierminister Benkirane am 12. März zusätzlich Öl ins Feuer. Die Marokkaner seien bereit, zu den Waffen zu greifen, um die Westsahara zu verteidigen, sagte er. Tags darauf kam es in Rabat zu einer grossen Demonstration, an der nach Behördenangaben gegen drei Millionen Menschen, laut unabhängigen Beobachtern einige hunderttausend Personen, teilgenommen haben sollen. Der angesehene Journalist Khalid Jamaï ist überzeugt, dass die Demonstration organisiert worden ist. «In Rabat weiss jeder halbwegs klarsichtige Mensch, dass dies keine spontane Demonstration war», sagte Jamaï gegenüber der NZZ. Alles spreche vielmehr dafür, dass die Organisatoren, welche die Menschen zu Hundertausenden in die Hauptstadt kartten, im Innenministerium zu suchen seien. Abgesehen von der islamistischen Gruppierung «Gerechtigkeit und Wohlfahrt», die verschiedentlich solche Grossanlässe organisiert hat, sei keine Partei in der Lage, derartige Menschenmengen aufzubieten, schreibt Jamaï in einem Kommentar für die Webzeitung al-Awal. Doch offiziell habe niemand die Verantwortung für diesen «ferngesteuerten» Marsch übernommen; eine, so Jamaï, seltsam unehrliche Politik.

Kaum Kritik in Marokko

An diesem Marsch kam es zu Beschimpfungen gegenüber Ban Ki Moon, die in dieser Härte wohl einmalig sind. «Ban Ki Moon, hau ab, die Sahara gehört nicht dir», «Ban Ki Moon, du Monster, was du tust, ist nicht logisch», oder «Der König ist unser König, und die Sahara gehört uns». Die Reaktion von Ban liess nicht auf sich warten: Er beschwerte sich gegenüber dem marokkanischen Uno-Botschafter über die unwürdige Behandlung und annullierte ein für den kommenden Juli geplantes Treffen mit König Mohammed VI.

Im Königreich Marokko ist es nicht leicht, unabhängige Stimmen zu finden, die sich zum Westsaharakonflikt äussern mögen. Das Thema ist emotional derart aufgeladen und zur nationalen Sache hochstilisiert, dass die meisten Intellektuellen aus Angst vor möglichen Sank-

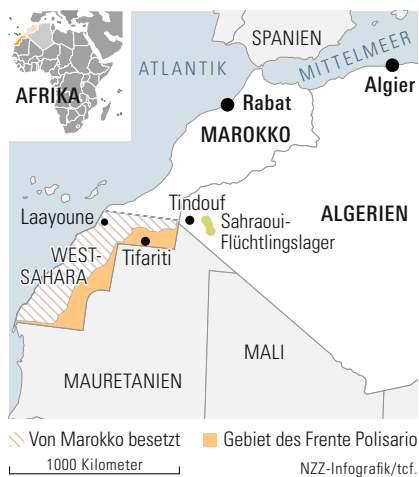


Eine Sahraoui-Frau in einem Lager bei Tindouf in Südalgerien, wo insgesamt 165 000 Flüchtlinge leben.

ZOHRA BENSEMRA / REUTERS

tionen darauf verzichten, zu diesem Thema öffentlich Stellung zu beziehen. Mit guten Gründen: Dem Journalisten Ali Anouzla, der gegenüber der deutschen «Bild»-Zeitung von einem «besetzten Territorium» gesprochen hatte, wurde wegen «Angriff auf die territoriale Integrität des Landes» der Prozess gemacht.

Khalid Jamaï sowie Omar Brouksy, Autor eines kritischen Buchs über König Mohammed VI. und Professor an der Universität Serrat, gehören zu den wenigen Stimmen, die eine vom offiziellen Diskurs abweichende Meinung äus-



Von Marokko besetzt Gebiet des Frente Polisario
1000 Kilometer NZZ-Infografik/tcf.

sern. Nach Einschätzung von Brouksy hat der gegenwärtige Konflikt zwischen Marokko und der Uno beziehungsweise der Minurso ein noch nie gesehenes Ausmass angenommen. Zwar habe es in den vergangenen Jahren immer wieder Spannungen zwischen dem Minurso-Chef und Marokko gegeben. Doch noch nie, so Brouksy, sei es zu einem direkten und derart heftigen Konflikt mit dem Generalsekretär der Uno gekommen. Dass auch Parlamentarier und Präsidenten vieler Parteien diesen Marsch unterstützten hatten, erachtet Brouksy als äusserst beschämend und schädlich für den Ruf Marokkos in diplomatischen Kreisen. Dadurch sei die Glaubwürdigkeit

des Landes auf dem internationalem Parkett infrage gestellt.

Die von Marokko durchgesetzte «Auslagerung» der militärischen und zivilen Beobachter und die androhte Sistierung der Beteiligung Marokkos an den Kosten der Minurso hält Brouksy für eine unangemessene Reaktion, die für das Land negative Folgen haben könnte. Denn Marokko habe die Präsenz von Uno-Truppen im Jahr 1991 akzeptiert, weil diese eine Art Vermittlerrolle zwischen Marokko und der Polisario ausüben sollten. Die jüngste Hauruck-Aktion mache es der Minurso nun faktisch unmöglich, ihre Arbeit weiterzuführen. «Marokko hält sich nicht an seine Verpflichtungen, die es gegenüber der Uno eingegangen ist», sagt Brouksy. Sogar die engsten Verbündeten Marokkos seien sehr verärgert über dieses Vorgehen.

Marokko werde zwar nach wie vor von den USA, Frankreich und Spanien unterstützt und besitze eine Reihe wichtiger Trümpfe in seiner Hand, vor allem als Partner im Kampf gegen Terrorismus und bei der Eindämmung der Migrationsströme. Doch gleichzeitig trägt Marokko wegen der Westsahara auch einen Konflikt mit der EU aus. Die harsche Reaktion der marokkanischen Regierung, so meinen beide Analysten, könnte den Bogen überspannen. Denn die Uno könne ein solches Vorgehen nicht tolerieren, weil damit ein gefährlicher Präzedenzfall geschaffen würde.

Propaganda und Investitionen

Über die Hintergründe dieser neuen Eskalation in dem schon seit Jahren schwierigen Verhältnis zwischen Marokko und der Uno lässt sich nur spekulieren. Während die einen den Hauptgrund in einer heftigen Reaktion des Monarchen sehen, wollen andere darin eine raffinierte Strategie Marokkos erkennen, die Gunst der Stunde zu nutzen und angesichts einer vermeintlichen Schwäche der Gegenseite – laut Ge-

rüchten soll der Westsahara-Präsident schwer krank sein – mit Drohgebärden möglichst viel Druck zu erzeugen. Denn Ende April muss der Uno-Sicherheitsrat erneut über eine Verlängerung des Mandats der Minurso befinden, und Marokko will offenbar unbedingt vermeiden, dass deren Aufgabenbereich erweitert wird und die Überwachung der Menschenrechte einschliesst.

Bezüglich des Status der Westsahara herrscht in der marokkanischen Bevölkerung erneut über eine unheimlicher Konsens. Die Westsahara-Frage gilt seit vierzig Jahren als nationale, ja heilige Sache, und Zweifel an der Legitimität dieser Politik wird faktisch mit Landesverrat gleichgesetzt. Eine sehr selektive, zum Teil irreführende Information der Öffentlichkeit via Medien und staatliche Organe, aber auch eine an Indoktrination grenzende Darstellung der Verhältnisse in Lehrmitteln haben Wirkung gezeigt. Eine grosse Rolle dürften aber auch die immensen Investitionen spielen, welche Marokko in den vergangenen Jahrzehnten in der Westsahara getätigt hat. Schliesslich existieren zwischen Marokko und der Westsahara jahrhundertalte Beziehungen, welche im kollektiven Gedächtnis der Marokkaner eingraviert sind: Die beiden bedeutendsten Dynastien der marokkanischen Geschichte haben ihre Wurzeln in der heutigen Westsahara. Völkerrechtliche Erwägungen werden demgegenüber als weniger wichtig erachtet. Eine überwältigende Mehrheit der Marokkaner ist denn auch felsenfest davon überzeugt, dass die Westsahara zu Marokko gehöre. Das marokkanische Volk, so glaubt auch Jamaï, werde einen unabhängigen Sahraoui-Staat auf keinen Fall akzeptieren.

Ein Teil der kritischen Intellektuellen kritisiert dennoch die offizielle Westsahara-Politik und den ganzen Umgang mit der heiklen Frage. «Unsere gesamte Aussenpolitik steht faktisch unter dem Primat der Westsahara», sagte ein Universitätsprofessor gegenüber der NZZ.

Das sei langfristig sehr problematisch. So blockierten die marokkanischen Behörden etwa die Eröffnung der ersten Filiale des schwedischen Möbelhauses IKEA monatlang, nachdem die schwedische Aussenministerin die Anerkennung der Sahraoui-Republik in Aussicht gestellt hatte. Derselbe Beobachter konstatiert gleichzeitig einen Mangel an echten Strategien für die kommenden Jahre und Jahrzehnte, etwa punkto Bevölkerungspolitik oder der Nutzung der natürlichen Ressourcen.

Auch Khalid Jamaï kritisiert die bisherige Westsahara-Politik und vor allem die Zusammenarbeit mit Sahraoui-Notablen, welche sich nun an der lukrativen Ausbeutung der lokalen Ressourcen beteiligten. «Nur wenn wir den Sahraoui eine echte Autonomie zugestehen, die Reichtümer gerecht verteilen und unser Land von Grund auf demokratisieren, wird es uns gelingen, die Herzen der Sahraoui zu gewinnen», wettet der «Grand Old Man» des marokkanischen Journalismus.

Der Gründung eines unabhängigen Staates in der Westsahara stehen allerdings auch diese Kritiker fast ausnahmslos skeptisch bis ablehnend gegenüber. Für den Ökonomen Mehdi Lahlou, der an der Universität von Rabat unterrichtet, wäre die Gründung eines neuen Staates in dieser instabilen Region vor allem aus Sicherheitsgründen riskant. «Die Republik der Sahraoui hätte weder militärisch noch wirtschaftlich die Möglichkeit, ihr Gebiet zu kontrollieren, und würde deshalb zum Sicherheitsrisiko», erklärte Lahlou gegenüber der NZZ.

Internationale Interessen

Diese Analyse teilt auch Khalid Jamaï. «Weder die USA noch andere wichtige Staaten im Westen wollen einen unabhängigen Staat Westsahara», sagt er. In Marokko und Algerien hätten zudem die Armee sowie andere Machtzentren ein Interesse am Status quo. Allein schon deshalb werde es nicht vorangehen. Gleichzeitig ist er überzeugt, dass der Westen auch keine Lösung des Westsahara-Konflikts wünscht, weil ihm der lähmende Konflikt zwischen den beiden wichtigsten Maghrebstaaten, Algerien und Marokko, letztlich nütze.

Die Westsahara sei für Marokko eine Frage von Leben und Tod, erklärte Premierminister Benkirane am 28. März in einem Interview. Das sind schlechte Prämissen für eine Lösung. Gleichzeitig drohen die Sahraoui, zu den Waffen zu greifen, falls sich nicht rasch etwas bewege. Im Uno-Sicherheitsrat, so berichtet die Nichtregierungsorganisation Security Council Report, werde seit Ausbruch der Krise heftig über eine Lösung gestritten. Die 15 Mitglieder des Sicherheitsrates konnten sich dabei nicht zu einer Verurteilung Marokkos durchringen. Sie begnügten sich vielmehr mit dem Wunsch, die Uno-Mission möge «so rasch als möglich ihre Handlungsfähigkeit zurückgewinnen» – ein kaum verklärtes Eingeständnis der eigenen Zerstrittenheit. Viel Zeit für eine Einigung bleibt nicht mehr. Spätestens am 27. April muss sich der Sicherheitsrat entscheiden, ob und wie seine Mission in der Westsahara weiter tätig sein soll.

25 Jahre Minurso

stf. · Vor 25 Jahren, im April 1991, wurde die Uno-Mission für die Westsahara, die Minurso, auf Empfehlung des Uno-Generalsekretärs eingesetzt. Die Überwachung des Waffenstillstands zwischen den beiden Parteien ist ihr gelungen, die Hauptaufgabe aber, die Durchführung eines Referendums über die Zukunft der ehemaligen spanischen Kolonie, ist kläglich gescheitert. Ende dieses Monats wird der Uno-Sicherheitsrat wohl erneut einer Verlängerung des Mandats um ein Jahr zustimmen. Doch Frieden und eine politische Lösung in der Westsahara sind nach wie vor nicht in Sicht.